

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

wenn es eines gibt, was in den letzten Wochen klar geworden ist, in den letzten Wochen und Tagen, die uns alle tief beschäftigt haben und in denen wir vor der deutschen Öffentlichkeit mit unserer Entscheidung ringen, dann ist es das: Bei aller Kontroverse geht es jeder Einzelnen und jedem Einzelnen hier im Saal um die Zukunft unserer Partei.

Deshalb danke ich allen, die an dieser Debatte teilnehmen: denen, die heute hier sind, denen, die jetzt unseren Parteitag von zuhause verfolgen. Ihr habt gezeigt, was uns auszeichnet: Wir sind nicht nur die größte Mitgliederpartei in Deutschland, wir sind auch die größte Mitmachpartei in Deutschland.

Was mir auch klargeworden ist – und ich wende mich zum Beispiel an die Jungsozialisten hier im Saal –: Weder Euch noch mir geht es um uns selbst. Wir haben unterschiedliche Auffassungen darüber, was der beste Weg für unsere Partei ist, und darüber streiten wir auch heftig. Aber wir haben auch etwas, was uns sehr verbindet und was uns gemeinsam ist, etwas, was uns alle bei unterschiedlichen Auffassungen hier im Saal zusammenbindet. Das ist, dass es um die Würde, um die Stärke, um die Kraft unserer großartigen Partei geht, darum, was wir in allem Ringen schaffen werden, damit diese Partei unserem Land und unserem Kontinent dient. In diesem Sinne sind wir, egal wie wir abstimmen, vereint.

Denn wir alle wissen, Genossinnen und Genossen: Nur eine starke und geschlossene SPD kann unser Land und kann Europa stark machen!

Die große und entscheidende Frage lautet: Wie bekommen wir das am besten hin. Wie werden wir wieder stark, damit wir die Kraft haben, das Leben der Menschen, unser Land und Europa ein Stück besser zu machen. Und genau das muss doch unser gemeinsames Ziel sein. Bei allem, was wir tun, muss das Ziel, das Leben der Menschen, in Deutschland und Europa besser zu machen, im Vordergrund stehen.

Es geht in diesen Tagen um viel. Noch nie hat eine Regierungsbildung in Deutschland so lange gedauert. Das ist neu. Das hat die Bundesrepublik so noch nie erlebt.

Wir haben diese schwierige Lage – das will ich hier deutlich sagen –, diese demokratische Sondersituation nicht zu verantworten. Nicht wir haben wochenlang sondiert, um hinterher mit leeren Händen vor die Wählerinnen und Wähler zu treten.

Wir sind bei der Bundestagswahl angetreten, um Deutschland gerechter zu machen, um unser Land gut für die Zukunft aufzustellen. Und wir sind angetreten, um Europa zu stärken. Wir sind angetreten, Deutschland zu regieren! Am 24. September aber war für uns alle klar: Das Mandat zur Regierungsbildung haben andere bekommen.

---

Deshalb war unsere Entscheidung am 24. September, in die Opposition zu gehen, am Wahlabend richtig!

Aber die politische Lage in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, hat sich seit dem Scheitern von Jamaika fundamental geändert. Jamaika ist der Beweis, dass die Summe von Klientelinteressen noch lange keinen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung bildet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute entscheiden, dann vor dem Hintergrund der Feststellung: Jamaika hätte Deutschland zu konservativ, Jamaika hätte Deutschland zu neoliberal, Jamaika hätte Deutschland zu wenig sozial regiert.

Auch wenn man über die Beweggründe des Herrn Lindner bis heute nur spekulieren kann, in einem Punkt hatte er recht: Jamaika hätte Deutschland falsch regiert! Das steht fest, Genossinnen und Genossen.

Der 19. November, die Nacht, in der Jamaika gescheitert ist, war ein Wendepunkt, der auch uns vor eine neue Herausforderung gestellt hat. Wir haben diese Lage nicht angestrebt. Sie war nie unser politisches Ziel. Aber wir haben uns dieser Herausforderung gestellt. Und wir haben uns ihr zu stellen.

Wie ihr wisst, haben wir uns früh auf eine Linie festgelegt. Und ich kann jeden verstehen, der jetzt fragt: Warum vertritt der Schulz jetzt eine andere Position?

Glaubt mir, wir haben es uns nicht leicht gemacht. So wie es sich niemand unter Euch in diesen Tagen leicht macht.

Aber, dass wir der Bitte unseres Bundespräsidenten folgen und nach Auswegen aus dieser schwierigen Situation, aus dieser schwierigen politischen Lage, in der sich unser Land befindet, suchen würden, daran bestand nie ein Zweifel für mich.

Als Sozialdemokrat ist es mein Politikverständnis und meine Überzeugung, dass wir in dieser Sondersituation mindestens ausloten mussten, was für die Verbesserung im Leben der Menschen in Deutschland und in Europa erreichbar ist.

Und deshalb in aller Klarheit: Diejenigen, die kategorisch sagen: „Egal, was wir erreichen können, wir gehen unter keinen Umständen in eine Regierung“, die sollen wissen: Das ist nicht meine Haltung und auch nicht mein Weg! Dafür bin ich nicht in die Politik gegangen. Das kann nicht die Haltung eines Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.

Der Eintritt in eine mögliche Bundesregierung muss für uns von ganz konkreten Inhalten und Gestaltungsmöglichkeiten abhängen – nicht von einer abstrakten staatsbürgerlichen Verantwortung, an die uns manche immer wieder erinnern wollen.

Denen darf man sagen: Die SPD hat staatsbürgerliche Verantwortung in diesem Lande übernommen, da gab es einige der Parteien, die uns Ratschläge erteilen, noch gar nicht!

Am 8. Dezember haben wir mit einer breiten Mehrheit auf unserem Parteitag in Berlin entschieden, dass wir mit den anderen Parteien ausloten wollen, welche Inhalte umsetzbar sind und welche Form der Regierungsbildung möglich ist.

Nach intensiver Debatte in den Gremien der Partei, auf unserem Parteitag im Dezember, haben wir, immer auch in dem Bewusstsein, Genossinnen und Genossen, welche Auswirkungen dies für Millionen Menschen in Deutschland hat, entschieden, Sondierungsgespräche aufzunehmen.

Auf der Basis dieser Gespräche und ihrer Ergebnisse entscheiden wir heute zusammen, ob die SPD in Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition für unser Land eintritt.

Damit setzen wir um, was wir vor sechs Wochen gemeinsam beschlossen haben. Auch heute entscheiden wir über das weitere Vorgehen gemeinsam. Nicht geheim oder in Hinterzimmern. Nein, wir machen das öffentlich, als gesamte Partei.

In allen Landes- und Bezirksverbänden, in den Unterbezirken und den Ortsvereinen, auch online wurde in den letzten Tagen und Wochen intensiv und leidenschaftlich über die Ergebnisse der Sondierungen und die Zukunft der SPD diskutiert.

Auch wenn wir in den letzten Wochen lesen und hören, dass sich die SPD das Leben mal wieder schwer macht - dazu kann ich nur sagen: Das ist Demokratie!

Auch wenn manch andere Partei ganz anders aufgestellt ist: Demokratie ist kein Schlafwagen! Sie lebt von der Debatte und sie lebt von der Beteiligung. Demokratie ist Mut und Bewegung und Energie!

Und die SPD, Genossinnen und Genossen, muss wieder an der Spitze der sozialen Bewegung in Deutschland stehen. Das muss doch unser Anspruch sein!

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die alle Schritte hin zu einer möglichen Regierungsbeteiligung an das Votum der Partei und am Ende sogar an das Votum aller ihrer mehr als 440.000 Mitglieder bindet.

So intensiv und so belastend diese Debatte auch für uns als Partei ist – wir können stolz darauf sein, dass wir diese Debatte führen!

Auf unserem Parteitag im Dezember haben wir, angelehnt an unser Wahlprogramm unsere politischen Prioritäten für eine zukünftige Regierung festgelegt. Mit diesem

---

Auftrag, mit diesen inhaltlichen Zielen, die dort definiert wurden, ist unser Sondierungsteam in die Gespräche gegangen.

Parteien sind kein Selbstzweck, sondern sie sind dafür da, das Leben der Menschen konkret zu verbessern. Jeden Tag und wenn es nur ein bisschen ist. Dafür, Genossinnen und Genossen wurde die SPD gegründet. Und wenn wir uns heute die Ergebnisse der Sondierungen anschauen, dann können wir sagen: Wir haben eine Menge erreicht und könnten damit vieles, was wir im Wahlkampf unseren Wählerinnen und Wählern versprochen haben, einlösen:

Malu hat darauf hingewiesen: Wir haben die Rückkehr zur Parität durchgesetzt, also, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder gleich viel in die Krankenversicherung einzahlen. Besonders Malu hat diesen Punkt in den Verhandlungen erstritten. Wir können damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Beiträgen in die gesetzliche Krankenversicherung entlasten und ein Stück Gerechtigkeit in Deutschland wiederherstellen.

Wir haben aber vor allen Dingen auch dem Einsatz von Malu Dreyer zu verdanken, dass es mehr Personal in der Pflege, höhere Qualitätsstandards und eine bessere Bezahlung für Pflegeberufe geben wird. Das haben wir durchgesetzt. Das wird nicht nur einen Unterschied für die Pflegerinnen und Pfleger ausmachen, sondern auch für die vielen Menschen, die heute pflegebedürftig sind oder es morgen sein werden. Damit entlasten wir übrigens auch ihre Angehörigen.

Lasst mich, weil ich mich im Wahlkampf mit der Pflege so intensiv befasst habe, eines hinzufügen: Jeder einzelne Mann und jede einzelne Frau, der oder die in der Pflege arbeitet oder von einer guten Pflege abhängig ist, schaut sicher heute auch auf uns, ob wir diesen Fortschritt für diese Leute, in ihrem Interesse tatsächlich umsetzen können.

Wir haben die Grundrente und die doppelten Haltelinien in der Rentenversicherung durchgesetzt, um das Rentenniveau und die Beiträge gesetzlich abzusichern. Dass Menschen, die ihr ganzes Leben geackert haben, im Alter nicht von Armut bedroht werden, dafür hat jemand in einer ganz außergewöhnlichen Art und Weise gerungen, dem ich an dieser Stelle einen besonderen Dank aussprechen möchte: Liebe Andrea, du hast in den Sondierungen in großer wie in kleiner Runde gekämpft wie eine Löwin, und du hast viel für die SPD erstritten. Bei der Grundrente warst du es, die den Konservativen klargemacht hat, dass wir die Ungerechtigkeit der Altersarmut nicht länger dulden werden. Ohne dich wäre das nicht möglich gewesen! Ein Riesenerfolg! Vielen Dank für deine Arbeit!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe vor kurzem einen jungen Mann getroffen, der in einem Berufsbildungszentrum in Essen in der Kantine geholfen hat; er war Teil eines sozialen Arbeitsmarktprogramms für Langzeitarbeitslose. Durch dieses Programm hat er eine Beschäftigung gehabt, soziale Kontakte und eine sinnvolle Tätigkeit, auf die sich dieser junge Mann, der möglicherweise sonst – das konnte man spüren – kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätte, jeden Tag gefreut hat.

Die Finanzierung dieses Programms ist mittlerweile ausgelaufen. Ich habe, als ich mich mit dem jungen Mann unterhalten habe, den Stolz in seinen Augen gesehen, dass er nach langen Jahren der Ausgrenzung endlich integriert war. Beim Rausgehen hat mir der Leiter der Einrichtung gesagt, das Projekt läuft in 14 Tagen aus.

Wir haben den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt seit Jahrzehnten gefordert. Wir haben dafür gekämpft. Und wir haben ihn jetzt durchgesetzt für bis zu 150.000 Menschen. Genossinnen und Genossen, das müssen wir durchsetzen im Interesse derjenigen, die uns am stärksten brauchen.

Wir haben dank der Arbeit von Olaf Scholz dafür gesorgt, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen deutlich entlastet werden. Der Soli wird von unten abgebaut, und Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben entlastet. Ich will diesen Punkt deshalb noch mal betonen, weil die Steuerpolitik der Union immer nur Steuerentlastungen mit der Gießkanne ist. Gerade für Geringverdiener sind aber weniger die Steuern als die Sozialabgaben das Problem. Während die Union in ihrem Wahlprogramm null Komma null für die Bezieher kleiner Einkommen hatte, haben wir in den Sondierungen unser Wahlprogramm eins zu eins durchsetzen können.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, für eine alleinerziehende Mutter, die in Teilzeit 850 Euro brutto im Monat verdient, machen diese Entlastungen bei den Sozialabgaben 340 Euro im Jahr aus. Und für jedes Kind kommen durch die Kindergelderhöhung noch mal 300 Euro hinzu. Für einen Facharbeiter und Vater von zwei Kindern sind das am Ende des Jahres inklusive der Soli-Abschaffung rund 1.150 Euro mehr. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist für diese Menschen verdammt viel Geld!

Vor kurzem habe ich in Berlin mit einer Frau, einer Mutter, geredet. Die kann es sich nicht mehr leisten, ihre 73 Quadratmeter große Wohnung zu bezahlen. Für Menschen wie sie haben wir unter der Federführung von Natascha Kohnen und Mike Groschek 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau errungen. Zudem haben wir vereinbart, dass die Mietpreissteigerungen nach Modernisierungen nicht mehr so stark wie bisher sein dürfen. Das entlastet Mieterinnen und Mieter, die mit den steigenden Wohnungskosten in den Ballungszentren in einer Art und Weise zu

kämpfen haben, wie es das nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab.

All diese Menschen, Genossinnen und Genossen, von denen ich gerade gesprochen habe, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Familien und die Alleinerziehenden, die Schülerinnen und Auszubildenden, die Mieterinnen und Mieter, das sind unsere Leute. Das sind unsere Mitglieder. Das sind unsere Anhänger. Das sind die mehr als 9,5 Millionen Wählerinnen und Wähler, die ihr Kreuz bei uns gemacht haben. Das sind die Menschen, die sich auf uns verlassen.

Wir konnten spürbare Verbesserungen für Millionen von Menschen in unserem Land in diesen Sondierungsgesprächen festhalten. Hier in Bonn, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Vereinten Nationen, will ich hinzufügen: Wir haben auch die Friedenspolitik, die für uns von so zentraler Bedeutung ist, ein Stück vorangebracht, und wir haben die Aufrüstungsfantasien derjenigen verhindert, die den deutschen Wehretat mit gewaltigen Summen aufpumpen wollten.

Stattdessen haben wir erreicht – hier gilt mein besonderer Dank Lars Klingbeil –, dass es mehr Geld für den zivilen Anteil in der internationalen Politik und die Gestaltung einer gerechten Globalisierung gibt und dass die Waffenexporte weiter eingeschränkt werden.

Dabei ist mir besonders wichtig, hier zu erwähnen, Genossinnen und Genossen – der Außenminister unseres Landes, Sigmar Gabriel ist hier; er weiß, wovon ich rede –: Wir haben hier etwas zu den Waffenexporten an Staaten, die in den Jemen-Konflikt verwickelt sind, die dort einen brutalen Stellvertreterkrieg führen, reingeschrieben. In dem Sondierungspapier steht: Waffenexporte an Staaten, die in den Jemen-Konflikt involviert sind, werden unterbunden. Genossinnen und Genossen, das ist ein weiterer Fortschritt, den wir erreicht haben.

Jamaika hätte das nicht hinbekommen. Eine Einschränkung von Waffenexporten, die uns doch so wichtig ist, wird es nur mit uns geben! Wir haben doch immer gesagt, vor allem im Wahlkampf: Statt mehr Geld für immer mehr Waffen wollen wir in unsere Gesellschaft investieren, wollen wir in unsere Zukunft investieren!

Wir können dieses Geld anders und besser einsetzen! Für den flächendeckenden Ausbau des schnellsten Internets, für den Straßenbau, für unsere Städte und Gemeinden. Für die regionale Strukturförderung in Ost und West. Das brauchen wir jetzt. Und das haben wir möglich gemacht.

Thorsten Schäfer-Gümbel und Anke Rehlinger haben in besonderer Weise vor allen Dingen auch dafür gekämpft, dass die ländlichen Räume, dass die Regionen abseits

der Ballungszentren genauso gestärkt und gefördert werden wie die Ballungszentren selbst. Deutschland muss auch auf dem Land ein modernes Land sein!

Deutschland muss auch ein modernes Land als Vorreiter beim Klimaschutz sein. Auch hier können wir vorankommen.

Jetzt will ich euch mal was sagen: Glaubt doch nicht jeder durchgesteckten Nachricht. Glaubt doch nicht jeder Fake News. Was ich da oft an Diskussionen höre! Natürlich geben wir die Klimaziele nicht auf. Im Gegenteil: Zum ersten Mal wird es in Deutschland ein Klimaschutzgesetz geben, und beim Ausbau der erneuerbaren Energien legen wir noch einen obendrauf. Stephan Weil hat da ausgezeichnet verhandelt.

Genossinnen und Genossen, wir sind mit diesem Sondierungspapier auf einem guten Weg.

Ich will euch sagen: Ich werde oft nach den Leuchttürmen gefragt, die wir bei den Sondierungen erreicht haben. Auch heute beim Hereinkommen haben mich die Leute wieder gefragt: Herr Schulz, was ist denn der Leuchtturm? Liebe Leute, wenn wir nur für einen Leuchtturm kämpfen würden, dann würden wir unsere Pflicht nicht tun. Man muss für jede Maßnahme kämpfen, die das Leben der Menschen besser macht.

Aber wenn es ein Projekt hervorzuheben gilt, dann ist es bei allem, was ich euch vorgetragen habe, dieser Punkt: Deutschland braucht nicht weniger als einen völligen Neuanfang, einen völligen, einen vollständigen Aufbruch in der Bildungspolitik.

Und deshalb will ich euch an dieser Stelle aus unserem Parteitagsbeschluss im Dezember in Berlin zitieren. Ich zitiere jetzt, was ihr, liebe Genossinnen und Genossen, als Delegierte beschlossen habt, was wir mit in die Verhandlungen nehmen sollten:

„Wir wollen gebührenfreie Kitas, einen Rechtsanspruch auf Ganztagschulplätze, ein inklusives Schulsystem und insgesamt modernere Schulen. Deswegen muss deutlich mehr Geld in Bildung investiert werden. Dem Bund ist es bislang verfassungsrechtlich verboten, die Länder und Gemeinden dabei finanziell zu unterstützen. Das wollen wir ändern. Wir wollen eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich Bildung und Forschung erreichen.

Das BAföG wollen wir durch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Fördersätze und eine Erweiterung des Kreises der Geförderten stärken.

Zudem sollen Bildungsstandards angeglichen werden. Wir wollen, dass jede und jeder in Deutschland die gleiche Chance auf eine gute

Ausbildung hat - von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief. Der Weg dahin soll gebührenfrei sein.

Kinder sind eigene Persönlichkeiten. Deshalb wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern.“

Das, Genossinnen und Genossen, war euer Auftrag an uns. Ich kann heute feststellen: Dieser Beschluss des SPD-Parteitag vom Dezember wurde in allen Punkten eins zu eins im Sondierungspapier umgesetzt.

Manuela Schwesig und Hubertus Heil, ihr habt hier eine herausragende Arbeit geleistet und untermauert, dass es die SPD mit der Revolution in der Bildungspolitik ernst meint.

Drei Punkte will ich noch hervorheben:

Wir können eine Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende, durchsetzen, wir können das BAföG ausweiten – beides, die Mindestausbildungsvergütung und die Ausweitung des BAföGs, waren mir persönliche Anliegen; sie waren aber auch Kernforderungen der Jungsozialisten –, und wir können ein dringend notwendiges und breites Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut in unserem Lande bekommen. Von der Kinderarmut sind in Deutschland noch immer 2,5 Millionen Kinder betroffen.

All dies sind Punkte, über die wir in der deutschen Bildungspolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gestritten und gerungen haben, ohne wirklich weiterzukommen, und jetzt, Genossinnen und Genossen, könnte das endlich Realität werden – für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende, für Studierende, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Eltern. Für sie alle können wir spürbare Verbesserungen erreichen. Das liegt an uns, ob wir das wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in aller Gelassenheit: Die größte Bildungsoffensive in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik; das ist ein Leuchtturm, auf den wir stolz sein können.

Lasst mich zu einem Punkt kommen, der mir persönlich besonders wichtig ist. Malu hat darauf hingewiesen: Ich habe darauf bestanden, dass die Parteivorsitzenden das Europa-Kapitel verhandeln – nicht nur, weil das mein persönliches Herzensanliegen ist, sondern weil es viele Millionen Menschen in Europa betreffen wird, wie sich die Bundesrepublik Deutschland positioniert, und weil es endlich Zeit ist, dass sich Deutschland klar zu einem solidarischen und zu einem mutigen Europa bekennt.



---

Deutsche Politik – das kann man gut finden oder nicht – ist nun halt mal von entscheidendem Einfluss auf Europa.

Vor diesem Hintergrund – und das sage ich an dieser Stelle ganz bewusst – bin ich stolz auf das, was wir in den Gesprächen mit den Unionsparteien erreicht haben: eine neue Kursbestimmung für die deutsche Europapolitik, nichts weniger als einen historischen Wandel, einen neuen Aufbruch für Europa.

Das Sondierungspapier – das seht ihr, wenn ihr es lest, Genossinnen und Genossen – ist ein Manifest eines europäischen Deutschlands, das sich seiner Verantwortung für Freiheit und Demokratie, für Zusammenhalt und Solidarität in Europa bewusst ist. Es ist das Ende einer deutschen Europapolitik, die an vielen Punkten vor allem ein Wort kannte: Nein.

Es ist ein Ja zu Europa, ein Bekenntnis zur politischen Tat und zur europäischen Solidarität. Es ist ein Ja zu mehr Investitionen, zu starken Arbeitnehmerrechten, zu europäischen Mindestlöhnen. Das erwarten Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von uns, und auch die deutschen Gewerkschaften erwarten den Sozialpakt für Europa, und zwar zu Recht. Es ist ein Ja zum Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, es ist ein Ja zur Stärkung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einem Investitionshauhalt für die Eurozone, es ist ein Ja zu einem Europäischen Währungsfonds, der Solidarität praktiziert und nicht Austerität predigt. Der Geist des Neoliberalismus muss endlich ein Ende haben in Europa, liebe Genossinnen und Genossen, und wir können das erreichen.

Es ist ein Ja zu mehr Mitteln im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit statt einer Politik der Gleichgültigkeit, die in einer einzigen Verhandlungsnacht Milliardenbeträge für die Rettung von Banken mobilisiert, aber seit mehr als einem Jahrzehnt die Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommt.

Wenn wir das nicht tun, wenn wir uns nicht darum kümmern, dann tut das niemand.

Es ist ein Ja zu einer gerechten Besteuerung von Unternehmen, wie Google und Apple, Facebook und Amazon. Es ist ein Ja zu einer Politik, die ändert, dass die ihre Gewinne so lange in Europa hin und herschieben können, bis am Ende jeder Bäckermeister mehr Steuern bezahlen muss als die. Das muss dringend geändert werden, und das können wir. Das haben wir durchgesetzt, Genossinnen und Genossen.

Wenn wir das erreichen, wird das ein Europa sein, das sozialdemokratischer ist, als es heute ist. Ja, ein sozialdemokratischeres Europa!

Nur, Genossinnen und Genossen, die Zeit drängt. Wenn wir etwas in und für Europa bewegen können, dann können wir darauf nicht noch Jahre warten. Wichtige Entscheidungen stehen jetzt an, nicht in drei, vier oder fünf Jahren.

Wenn wir nicht jetzt Europa auf einen neuen Kurs bringen, dann wird Europa an Zustimmung verlieren. Europa wartet auf ein Deutschland, das sich seiner Verantwortung für Europa bewusst ist und entschieden handelt, und das wird ohne die SPD nicht möglich sein. Auch darum geht es in diesen Wochen.

Die Vorschläge liegen alle auf dem Tisch – ob sie jetzt von Juncker kommen oder ob sie von Macron kommen.

Wir haben in den Sondierungsgesprächen einen Paradigmenwechsel in der Europapolitik Deutschlands erreicht: weg von der Austeritätspolitik, hin zu einer gemeinsamen stärkeren Verantwortung für unseren Kontinent und für seine Institutionen. Für mich als überzeugter Europäer ist das ein Riesenerfolg.

Wenn die *FAZ* erschrocken feststellt – ich zitiere –, „Sondierer räumen Schäubles Vetos ab – Die Pläne zur Europapolitik widersprechen den Prinzipien des früheren Finanzministers fundamental“, dann haben wir alles richtig gemacht, Genossinnen und Genossen!

Ohne die SPD wird es keinen mutigen Impuls für die Zukunft Europas geben. Es liegt an uns!

Aber, Genossinnen und Genossen, gestattet mir, euch in aller Deutlichkeit und Ernsthaftigkeit zu sagen: Durch Europa schwappt eine rechte Welle. Schaut euch die Regierung in Wien an! Schaut nach Prag! Schaut nach Warschau! Schaut nach Budapest! Ich bin nicht in allen Punkten der Meinung von Emmanuel Macron. Im Gegenteil, in vielen Punkten, besonders was seine Wirtschaftspolitik angeht, bin ich explizit nicht seiner Meinung. Aber er ist ein französischer Präsident, der in der Tradition dieses Landes nicht die *nation* an die erste Stelle setzt, sondern *L'Europe*. Europa wartet auf einen Partner. Wenn er mit seiner Europapolitik scheitert, dann ist es nicht ausgeschlossen, dass auch in Paris demnächst die extreme Rechte regiert. Deshalb, Genossinnen und Genossen, ich finde, wir sind eine Partei, die für die internationale Solidarität, die internationale Demokratie und für den Kampf gegen rechts eintritt. Diese rechte Welle kann in Europa durch eine deutsche Regierung gebrochen werden, die sich zur Demokratie, zu Menschenrechten, zur Freiheit und zu Europa dadurch bekennt, dass die SPD in diese Regierung eintritt. Alleine dafür lohnt es sich zu kämpfen, Genossinnen und Genossen!

Das alles und noch etliches mehr haben wir in nur fünf Sondierungstagen erreicht. Die Jamaika-Irrfahrt dauerte sieben Wochen: die Inszenierung und das Taktieren, diese unsägliche, unselige Dauerposiererei auf dem Balkon, die Bussi- und Zeigefingerkultur, das dauernde Twittern von Zwischenständen, ein kleinkarierter Interviewkrieg und dann das elende Ende an einem späten Sonntagabend im November, als wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht genug gefordert mit Problemen, als wäre Politik für unser Land pures Show-Business oder eine Marketing-Veranstaltung. Das, Genossinnen und Genossen, hat dem Ansehen der Politik in Deutschland schwer geschadet.

Wir haben es anders gemacht. Wir haben die konkreten Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt gestellt und nach Lösungen gesucht. Ich bin überzeugt: Mit einer solchen Politik gewinnen wir Vertrauen zurück. Das ist wichtig. Denn viele Menschen haben sich von den Volksparteien abgewandt und sind den Hetzern vom rechten Rand verfallen, die behaupten: „Die da oben kümmern sich doch gar nicht um dich! Denen bist du doch völlig egal!“ Das wirksamste Mittel gegen diese Demokratieverächter ist und bleibt lebensnahe Politik. Wenn wir den Menschen im Lande zeigen, dass wir ihre Alltagsorgen ernst nehmen und uns um die Alltagsorgen kümmern, dass es besser wird, dann können wir verloren gegangenes Vertrauen in die Politik, dann können wir verloren gegangenes Vertrauen in unsere Politik zurückgewinnen.

Ich weiß, manche sagen, dass eine weitere Große Koalition den rechten Rand noch weiter stärken würde.

Aber wer sagt denn eigentlich, dass Neuwahlen den rechten Rand nicht auch weiter stärken würden, Genossinnen und Genossen?

Wer sagt denn, dass dann nicht das Argument dieser Leute, dass es die Volksparteien nicht hinbekommen haben, an Stärke gewinnen würde? Das halte ich für gefährlicher als die Möglichkeit, uns durch gute Politik auszuzeichnen. Wir sind das Bollwerk gegen rechts. Ich bin überzeugt, dass wir den Rechten am besten das Wasser abgraben, indem wir uns als die Partei aufstellen, die zuhört, die nahbar ist und die die Politik so betreibt, dass sie in der Politik umsetzt, was die Menschen an Sorgen haben und die Sorgen der Menschen nicht ignoriert. Die SPD muss als linke Volkspartei verhindern, dass sich der konservative Mainstream in unserer Regierung endgültig durchsetzt. Dazu bietet sich jetzt die Chance. Es mag sein, dass andere Parteien Meister im Lautsprechen sind. Lasst uns doch Meister im Gestalten sein! Das ist besser für unser Land!

Wir haben die Sondierungsgespräche in diesem Geist geführt. Wir wollen eine Politik, die Vertrauen zurückgewinnt. Das geht nur, indem wir unser Land gerechter machen, es modernisieren und es erneuern. Einer Regierung, die Stagnation und Stillstand

---

atmet, wird kein Vertrauen geschenkt. Deshalb steht für uns klipp und klar fest: Für eine Koalition des „Weiter so!“ stehen wir nicht zur Verfügung. Für eine müde Regierung des Stillstands ohne Ambitionen, ohne den Willen und den Mut zur Veränderung reichen wir nicht die Hand. In eine Regierung, die Europa auseinanderdriften lässt, werden wir nicht eintreten. Das war vor den Sondierungen richtig, und das bleibt jetzt richtig.

Ja, Genossinnen und Genossen, wir haben in den Sondierungen sehr viel sozialdemokratische Politik durchgesetzt. Aber ja – wir müssen ehrlich sein –, wir haben nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Befristete Arbeitsverhältnisse müssen die Ausnahme sein. Gerade für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger muss das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel werden. Deshalb werden wir bei möglichen Koalitionsverhandlungen diesen Punkt wieder aufrufen.

Ja, auch bei der Bürgerversicherung haben wir uns nicht durchsetzen können. Aber wir geben das Ziel, die Zwei-Klassen-Medizin abzubauen, natürlich nicht auf. Wir werden diesen Punkt in möglichen Koalitionsverhandlungen wieder aufrufen. Wir werden konkrete Maßnahmen zum Abbau der Zwei-Klassen-Medizin verlangen, und wir werden sie durchsetzen.

Ich werde bei aller Ehrlichkeit allerdings auch keine politische Legendenbildung akzeptieren. Das will ich hier auch ganz klar sagen. Ich habe in den letzten Tagen vieles lesen müssen, was angeblich im Bereich der Migration vereinbart wurde. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass das einer der schwierigsten Punkte, vielleicht sogar der schwierigste, in den Verhandlungen war.

Aber ich muss hier noch einmal sagen: Warum sind wir als Partei eigentlich bereit, ständig die Behauptungen der anderen Seite für uns zu übernehmen? Es gibt keine Obergrenze bei Flüchtlingen mit der sozialdemokratischen Partei!

Dafür hat Ralf Stegner gesorgt. Lest doch das Sondierungspapier! Es bekennt sich klar zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog des Grundgesetzes, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zu den aus den EU-Verpflichtungen resultierenden Verpflichtungen im Asylverfahren sowie zur UN-Kinderrechtskonvention. Und Deutschland kann wieder, wenn wir es richtig durchsetzen, zu einer humanitären, auf dem Völkerrecht basierenden Flüchtlingspolitik zurückkehren. Das ist sicher noch kein ausreichender Erfolg, aber es ist ein Einstieg. Was fehlt, ist eine Härtefallregelung für den Familiennachzug. Da muss sich die Union bewegen. Und ich sage euch ganz klar: Die Härtefallregelung wird kommen!

Wir werden um weitere Verbesserungen in den Koalitionsverhandlungen kämpfen, wenn wir die Gespräche fortsetzen können. Natürlich ist uns allen klar, dass wir nicht

---

wieder von vorne anfangen können. Aber Sondierungsgespräche sind nun einmal keine Koalitionsverhandlungen. Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung und ihre Bedingungen haben noch gar nicht begonnen.

Wir werden bis zum letzten Verhandlungstag für ein Ergebnis kämpfen, mit dem wir guten Gewissens vor unsere Mitglieder treten können. Denn auch das soll noch einmal gesagt sein: Wir haben uns dazu entschlossen, unseren Mitgliedern das letzte Wort zu lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auf unserem letzten Parteitag beschlossen, dass die SPD konstruktiv und ergebnisoffen Gespräche mit den anderen Parteien aufnimmt, um die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten. Alle möglichen Optionen haben wir sorgfältig geprüft. Es gab keine Vorfestlegungen und auch keinen Automatismus in irgendeine Richtung. Malu hat in ihrer Eingangsrede darauf hingewiesen.

Ich habe euch im Dezember auf dem Parteitag zugesagt: Wir können uns verschiedene Formen einer Regierungsbildung vorstellen. Unser Land und seine demokratische Kultur könnten davon profitieren, wenn wir ganz neue Wege gehen und andere Formen der politischen Kooperation im Deutschen Bundestag erproben.

Doch klar war auch: Dafür brauchen wir einen Partner, der sich auf eine Minderheitsregierung, eine Tolerierung oder ein Kooperationsmodell, einlässt. Wir haben als Sondierungsteam diese Varianten mit der Union mehrfach und ernsthaft besprochen. Wir haben sehr konkret Frau Merkel und Herrn Seehofer gedrängt, alternative Formen der Zusammenarbeit zu durchdenken und auch auszuprobieren. Sie sind dazu nicht bereit und nicht in der Lage. Die Union hat diese Optionen am Vorabend des letzten Sondierungstages in aller Klarheit abgelehnt. Tatsache ist: CDU und CSU akzeptieren allein eine Koalition mit einer festen und stabilen Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Und auch das will ich erwähnen: Die Spitze von Bündnis 90/Die Grünen war ebenfalls nicht bereit, in eine sogenannte Kenia-Koalition mit uns und den Konservativen einzutreten. Das haben mir die Parteivorsitzenden der Grünen klar und deutlich mitgeteilt.

Unser Sondierungsteam stand also letzte Woche vor der Aufgabe, auszuloten, ob Koalitionsverhandlungen mit der Union möglich sind oder ob wir euch empfehlen, in Neuwahlen zu gehen. Das sind die beiden Optionen, die nun auf dem Tisch liegen. Das muss man in aller Klarheit sagen, damit jede und jeder hier im Saal weiß, worüber wir heute abstimmen. Es geht um die Frage: Koalitionsverhandlungen oder

Neuwahlen. Und meine Haltung in dieser Frage ist ganz klar: Ich glaube nicht, dass Neuwahlen für uns der richtige Weg sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, Regieren und Erneuern schließen sich nicht aus. Die Erneuerung gelingt nicht nur in der Opposition; sie kann dort genauso gut scheitern. Schaut euch unsere europäischen Schwesterparteien an: Die einen sind in der Opposition und bekommen keine Parteireform hin; andere regieren und erneuern sich gleichzeitig mit Erfolg.

Wir haben in der SPD unmittelbar nach der Bundestagswahl einen umfassenden Erneuerungsprozess beschlossen und eingeleitet – organisatorisch, inhaltlich und personell. Zusammen mit Lars Klingbeil werde ich im März unseren Fahrplan für den Erneuerungsprozess vorstellen. Die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren, trotz Sondierung und trotz Parteitag.

Zu der organisatorischen Erneuerung gehört, dass wir die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden, dass wir Frauen besser fördern und ihnen endlich mehr Raum in unserer Partei verschaffen, dass wir die Parteistrukturen in den ländlichen Räumen stärken bzw. wiederaufbauen, wo es sie gar nicht mehr gibt, dass wir die Mitglieder häufiger befragen, dass wir die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten nutzen und vieles mehr. Ihr kennt den Antrag vom Parteitag alle sehr gut.

Besonders wichtig ist mir aber, Genossinnen und Genossen, dass wir umsetzen, was wir im Dezember unter der Überschrift „Mut zur programmatischen Klarheit“ beschlossen haben. Wir werden unser Profil schärfen. Wir werden stellvertretend für die Gesellschaft die großen Debatten über die Probleme führen, die den Menschen auf den Nägeln brennen: zur Digitalisierung und zur Zukunft der Arbeit, zur Migration, zur Globalisierung, zur Gleichstellung im 21. Jahrhundert, zur Zukunft Europas und zum Zusammenhalt in unserer Demokratie.

Die Schärfung unseres Profils, die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen, sozialdemokratischen Zukunftsentwurfs, der weit über die Zwänge einer Regierung hinausgeht, das wird in den nächsten Monaten und Jahren unsere Priorität sein. Ja, klar, das dürfen wir nicht schon wieder verschlafen. Denn es ist diese Frage, die über die zukünftige Stärke und Glaubwürdigkeit unserer Partei am meisten entscheidet.

Das ist ein Auftrag an uns alle, aber natürlich besonders an den Parteivorsitzenden, und ich nehme diesen Auftrag ernst.

Klären wir innerhalb unserer Partei die strittigen Punkte! Diskutieren wir mit der Gesellschaft! Werden wir wieder zum Motor einer modernen Gesellschaft des 21.

Jahrhunderts! Ich will nie wieder auf der Straße den Satz hören: „Ich weiß nicht mehr, wofür die SPD steht.“ Damit muss Schluss sein.

Aber die Erneuerung ist ja bereits im Gange, Genossinnen und Genossen, und dabei wird es bleiben, egal ob die SPD sich an einer Regierung beteiligt oder nicht.

Ich will noch mal eines klarstellen: In der Vergangenheit wurde Regierungshandeln oft höher gestellt als berechnete Ansprüche der Partei. Das wird nicht mehr passieren.

Nicht die Partei hat sich an den Regierungsinteressen zu orientieren. Nein, das Regierungshandeln hat sich zu orientieren an der Parteiprogrammatik. Die Regierung setzt um, was Partei und Fraktion vorgeben.

Es mag sein, dass andere Parteien zwischenzeitlich inhaltlich völlig entkernt sind und sich auf reine Personalpolitik reduzieren. Das wird bei uns nie der Fall sein. Ich will mit euch gemeinsam, mit der SPD einen anderen Weg gehen. Die Partei muss der Ideen- und der Taktgeber für jegliche Regierungsarbeit sein. Sollten wir uns am Ende dafür entscheiden, dass wir in eine Koalition mit der Union eintreten, dann, Genossinnen und Genossen, haben wir in dieser Koalition nicht den Anspruch, der bloße Juniorpartner oder eine Art Umsetzungsgehilfe zu sein. Die SPD muss in einer Regierung sichtbar, hörbar und erkennbar sein.

Ob wir das hinbekommen, liegt aber an uns und an unserer Haltung. Ich will keine Regierung der verschränkten Arme, keine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners oder des geringeren Übels. Ich sage mit allem Selbstbewusstsein: Jede Regierung, an der die SPD beteiligt ist, egal in welcher Koalition, muss eine SPD-Regierung sein! Das muss unsere Haltung sein, Genossinnen und Genossen!

Regieren und Erneuern sind kein Gegensatz. Beides geht, wenn wir bereit sind, vieles anders und besser zu machen. Sollten wir in eine Regierung eintreten, dann muss diese auch sichtbar anders arbeiten. Eine neue Regierung muss offener, nahbarer, transparenter und zugänglicher sein.

Eine neue deutsche Bundesregierung muss übrigens zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern bestehen.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass das gelingt. Das ist in einer modernen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.

Wir wollen die Regierung so gestalten, dass die Ministerinnen und Minister regelmäßig ins Land müssen und mit den Menschen sprechen – über das, was die Leute bedrückt und was eine Regierung besser machen muss. Wir haben im Wahlkampf erlebt, wie es ist, wenn Politikerinnen und Politiker mit den Menschen unmittelbar und auf

Augenhöhe diskutieren. Ich habe das selbst unzählige Male erlebt, welche positiven Einfluss das auf Politik und auf die demokratische Willensbildung hat. Deshalb halte ich auch selbst regelmäßig Bürgerforen ab, um mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Die Unmittelbarkeit in der Politik muss wieder zunehmen. Eine erneuerte deutsche Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung wird auch dafür sorgen müssen. Tut sie das nicht, werden wir nicht Teil einer solchen Regierung; das muss klar sein.

Wir wollen in der Arbeit der Regierung veränderte Strukturen und veränderte Maßstäbe anlegen. Was heute in der Politik aktuell ist, kann morgen völlig verändert sein. Die Welt ist in einer permanenten Bewegung, und man kann diese Bewegung nicht in einen starren Koalitionsvertrag pressen, der vielleicht im Verlauf der Jahre durch die Aktualität überholt wird.

Also muss er erneuert werden können. Deshalb wird es in diesem Koalitionsvertrag eine Klausel geben, die nach zwei Jahren – zur Halbzeit der Koalition – eine kritische Bestandsaufnahme und Änderungen ermöglicht.

Die Kontrolle der Regierung ist die tägliche Aufgabe des Parlaments. Aber dass sich die Regierungsparteien selbst verpflichten, ihre Arbeit Mitte der Wahlperiode zu bewerten, ist in dieser Form einmalig.

Zeitgleich zu dieser Bestandsaufnahme haben wir unseren nächsten ordentlichen Parteitag. Damit zementieren wir auch für die Zukunft den Grundsatz: Die Partei, ihr hier im Saal, gebt die Richtung vor.

Und auch aus einem weiteren Grund ist diese Revisionsklausel wichtig: Ich werde oft gefragt, warum wir jetzt auf einmal der Union vertrauen sollten.

Wir alle wissen, dass die Zusammenarbeit in den letzten Jahren nicht immer ideal gelaufen ist: Da wurden selbstverständlich Dinge gemacht, die wir nicht akzeptieren können. Da wurden vertraglich niedergelegte Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag ignoriert.

Nehmt einmal den Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit als Beispiel. Den hatten wir bereits vereinbart, aber die Union hat sich verweigert. Darunter leiden vor allem, wie ihr wisst, Frauen, die für die Familie im Job kürzer getreten sind und nun wieder in Vollzeit wechseln wollen, aber nicht können.

Oder ich erinnere auch an das unsägliche Verhalten des Landwirtschaftsministers beim Thema Glyphosat. Das alles haben wir nicht vergessen.



Und ich sichere euch deshalb eines zu: Solche Fälle von Vertragsbruch werden wir nicht mehr wieder tolerieren!

Wir können – das muss die Union wissen – keine Koalition auf der Misstrauensvermutung aufbauen. Wir werden strenger überprüfen, wie ehrlich die Zusammenarbeit läuft und ob sie funktioniert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht, wir meinen es ernst, wenn wir davon sprechen, dass diese Bundesregierung keine Regierung des „Weiter-so“ sein kann.

Unser ganzes Land, unsere Anhänger, unsere Wählerinnen und Wähler und auch die Menschen, die uns nicht gewählt haben – sie alle schauen heute auf uns hier in Bonn. Es geht heute nicht nur darum, ob wir in Koalitionsverhandlungen eintreten.

Nein, wir entscheiden heute letztlich auch darüber, welchen Weg unser Land und Europa gehen. Deshalb schauen–auch unsere europäischen Nachbarn und Freunde in der Welt heute auf uns hier in Bonn.

Wir können einen wahren Unterschied für Europa erreichen, wenn wir das wollen! Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat mir vor einigen Tagen geschrieben: Wenn euer Europapapier Wirklichkeit wird, dann kann auch die junge Generation in Griechenland endlich wieder Hoffnung auf Beschäftigung und Arbeit schöpfen.

Genossinnen und Genossen, wir sind – in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt – eine internationale Partei, die eine internationale Verpflichtung hat.

Wir können viele Dinge in Deutschland verbessern, und wir haben die große Chance, Europa neu zu gestalten und damit mehr soziale Gerechtigkeit nicht nur in unserem Land, sondern auf dem ganzen Kontinent herzustellen.

Im Blick auf die letzten eineinhalb Jahrzehnte will ich euch das ganz klar sagen: In meinen Augen wäre es fahrlässig, diese Chance jetzt nicht zu ergreifen!

Nach allem, was ich euch an Inhalten aus den Sondierungspapieren vorgetragen haben, und mit Blick auf all das, was wir in Koalitionsverhandlungen noch zusätzlich erreichen können, haben wir eine Entscheidung zu treffen – jede und jeder Einzelne von uns, aber ich als Vorsitzender unserer Partei in besonderer Weise.

Bei allem Respekt vor den Zweifeln, die viele von euch haben, bitte ich euch um Vertrauen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass das, was sich in den letzten Wochen entwickelt hat, die neue Lage, für uns eine Herausforderung in jeder Hinsicht ist.

Ja, der Erneuerungsprozess muss bleiben, um unserer selbst willen. Aber ja, das Land und der Kontinent brauchen mehr sozialdemokratische Politik.

In der Abwägung zwischen Risiko und Chancen, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich, ist die breite Mehrheit unserer Parteiführung, zu einer Entscheidung gekommen: Wir bitten euch um Zustimmung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass es sich lohnt, in Koalitionsverhandlungen einzutreten und dabei beharrlich für Erneuerung, Zusammenhalt und Vertrauen zu streiten und unseren 440.000 Mitgliedern dann die letzte Entscheidung zu überlassen.

Wenn wir diesen Weg mutig und nicht verzagt gehen, wenn wir daran glauben, dass wir den Unterschied machen können, wenn wir daran glauben, dass die Notwendigkeit für sozialdemokratischere Politik nie dringender war als heute, dann lasst uns dafür kämpfen, ohne Angst, ohne Scheu!

Ich bin überzeugt, dass der mutige Weg der richtige ist. Ich bin sogar fest davon überzeugt, dass uns dieser Weg nicht schaden wird, dass wir gestärkt aus dieser Situation herauskommen können!

Eine SPD, die sich erneuert, die den Draht in die Gesellschaft wieder verstärkt, die sich durch noch bessere und stets an die Partei, aber auch an die Wählerinnen und Wähler rückgebundene Regierungsarbeit auszeichnet, die wieder Vertrauen gewinnen. Eine solche SPD wird in vier Jahren stärker sein als heute. Eine solche SPD wird gewählt. Eine solche SPD kann dann auch wieder Wahlen gewinnen.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir das hinbekommen – mit dem Mut zur Entschlossenheit, mit der Härte unserer Verhandlerinnen und Verhandler und der Kraft und Energie der deutschen Sozialdemokratie, auf die sich die Millionen Menschen nicht nur in diesem Land, sondern in ganz Europa vertrauen und auf die sie sich verlassen können müssen.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.